

# Konto fürs Weltklima

**ENTWICKLUNG** Mit dem Green Climate Fund sollen vor allem die Industrienationen die Länder des Südens beim Umweltschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen



Wirbelsturm „Pam“ hinterließ im Inselstaat Vanuatu im Südpazifik im März 2015 eine Schneise der Verwüstung. Sollte die globale Erwärmung weiter steigen, dürften sich solche Extremwittersituationen in Zukunft häufen.

© picture-alliance/dpa

Die Planstadt Songdo in Südkorea soll nach dem Willen ihrer Erbauer ein Labor für modernes Bauen, Arbeiten und Wohnen im 21. Jahrhundert sein. Hier gibt es energiesparende Hochhäuser, riesige Grünflächen, ein ausgedehntes Rad- und Fußwegenetz sowie eine Art unterirdisches Rohrpost-System, mit dem sich Hausmüll in Windeseile zum nächsten Biogas-Kraftwerk transportieren lässt. Songdo liegt in der Nähe des Flughafens Incheon im Großraum Seoul, den Baugrund haben die Koreaner dem Gelben Meer abgerungen. Sie sind stolz auf das Großprojekt, bei dem sich alles um Umweltschutz und Ressourceneffizienz dreht. Es ist erst ein paar Jahre her, da stand die Retortenstadt in einem scharfen Wettbewerb mit Bonn am Rhein. Beide wollen sich als Standort internationaler Organisationen unter dem Dach der Vereinten Nationen profilieren. In diesem Fall ging es darum, wer Sitz des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund, GCF) werden soll. Am Ende setzte sich Songdo gegen sämtliche Mitbewerber durch. Seit 2012 ist deshalb dort das Sekretariat des Fonds beheimatet – in einem 33-stöckigen Hochhaus namens G-Tower, das selbstverständlich ebenfalls das Label „umweltfreundlich“ trägt. Es ist ein passender Ort für eine multilaterale Einrichtung, die eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Erderwärmung spielen soll und in die Klima- und Umweltschützer rund um den Globus große Hoffnung setzen.

Aufgabe des Grünen Klimafonds ist es, die Entwicklungsländer bei Klima-Projekten und der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die Industrienationen haben sich verpflichtet, ab 2020 jedes Jahr 100 Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung bereitzustellen. Die Mittel sollen von den Staaten selbst sowie von privaten Investoren kommen. Der GCF soll einen erheblichen Teil des Geldes sammeln und gezielt weiterleiten. Er ist zwar nicht der einzige Akteur in diesem Feld, dürfte aber schon bald der wichtigste sein.

**In den Startlöchern** Die Staatengemeinschaft beschloss die Gründung des GCF 2010 beim Welt-Klimagipfel im mexikanischen Cancun. Seitdem wurden große Anstrengungen unternommen, um den Fonds arbeitsfähig zu machen. Jetzt steht der GCF in den Startlöchern. Exekutiv-Direktorin ist die Tunesierin Hela Cheikhrouhou. Wichtigste Entscheidungsgremium ist das 24-köpfige Direktorium, das je zur Hälfte mit Vertretern aus Industrie- und Entwicklungsländern besetzt ist.

„Noch nie ist eine solche Organisation so schnell gegründet und aufgebaut worden“, sagt Norbert Gorissen, der auf Seiten des Bundesumweltministeriums in Berlin als Referatsleiter das Projekt steuert. Deutschland gehört zu den größten Finanziers des Fonds und auch politisch zu den treibenden Kräften. Die fachliche Zuständigkeit in der Bundesregierung teilen sich das Umweltressort und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Noch vor Beginn der kommenden Welt-Klimakonferenz Anfang Dezember in Paris will das Direktorium des Fonds die ersten Förder-Entscheidungen treffen. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Gelingen der Konferenz insgesamt. „Ohne ein glaubwürdiges Angebot zur Klimafinanzierung werden die Entwicklungsländer einem Klimaabkommen nicht zustimmen“, sagt Gorissen. Die größte Verantwortung für den Klimawandel tragen die Industrienationen und Schwellenländer. Die Folgen werden aber besonders die armen Staaten auf der Südhalbkugel zu spüren bekommen – in Form von häufigen Überschwemmungen, Dürren oder Stürmen. Wegen des Anstiegs der Meeresspiegel drohen ganze Inselstaaten im Meer zu versinken. Denkbar ist, dass der Fonds in Entwicklungsländern etwa Frühwarnsysteme oder Deichbau- und Entwässerungsprojekte finanziert.

Der GCF soll überdies dazu beitragen, dass sich die armen Länder für einen Entwicklungspfad entscheiden, der eben nicht auf der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas basiert. So könnte er durch Zuschüsse etwa die finanziellen Risiken privater Investitionen in erneuerbare Energien mindern. „Wir brauchen einen Quantensprung“, sagt Experte Gorissen. „Wir wollen kein Klein-Klein, also kein Business as usual mit ein bisschen Kli-

maschutz. Der Fonds soll einen Paradigmenwechsel herbeiführen: Weg vom klimaschädlichen fossilen Modell, hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, die widerstandsfähig gegen den Klimawandel ist.“ Wie sich das erreichen lässt, ist aber innerhalb der Staatengemeinschaft und damit auch innerhalb des GCF-Direktoriums umstritten. Deutschland etwa ist der Ansicht, dass der Fonds auf keinen Fall die Modernisierung von Kohlekraftwerken fördern sollte. Die Japaner sehen das anders. Ergebnis: Die Förderrichtlinien des GCF schließen solche Projekte nicht ausdrücklich aus. Sie betonen allerdings, dass sich sämtliche Vorhaben am übergeordneten Ziel orientieren sollten, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Das dürfte es der Kohle- und Öllobby erschweren, die Förderpolitik des GCF in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Die Hälfte der Mittel, die der Fonds verteilt, soll Klimaschutz-Projekten zugutekommen und die andere Hälfte Projekten zur Anpassung an den Klimawandel. Dabei will der Fonds mit Partnern aus dem öffentlichen und privaten Sektor zusammenarbeiten. Gerade erst wurde beispielsweise die Deutsche Bank akkreditiert, was unter Umweltschützern heftige Kritik auslöste. Sie halten dem Geldhaus vor, einer der größten Kohlefinanzierer der Welt zu sein.

**Bis 2018 wollen 35 Staaten mehr als zehn Milliarden US-Dollar bereitstellen.**

Überhaupt, das Geld: Für die Förderperiode bis 2018 haben sich 35 Staaten zu Zahlungen von mehr als zehn Milliarden US-Dollar verpflichtet. Deutschland ist mit einer Milliarde Dollar dabei. Die größten Geldgeber sind die G7-Staaten – neben der Bundesrepublik die USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada. Eine sehr wichtige Rolle spielt außerdem Schweden, das mit Zusagen von mehr als 580 Millionen Dollar einen außergewöhnlich großen Beitrag leistet. Auf der Liste der Geldgeber stehen überwiegend Industriestaaten. Allerdings sind auch acht Schwellen- und Entwicklungsländer dabei, unter anderem Mexiko, Chile und Indonesien. Jeder Staat kann selbst festlegen, in welchem Umfang er sich an der Finanzierung des GCF beteiligt. Und so gibt es wichtige Staaten mit einer aufstrebenden Wirtschaft, die bislang kein Geld für den Klimafonds geben möchten. Dazu gehören beispielsweise China mit seiner grundsätzlichen Skepsis gegenüber multilateralen Strukturen sowie Brasilien, Südafrika, Indien – und Saudi-Arabien.

**Umdenken in Riad** Letzteres zählt zwar zu den reichsten Ländern der Erde. Wenn es um den Klimaschutz geht, stellt es sich bisher aber auf dem Standpunkt, ein Entwicklungsland zu sein. Die Öl-Monarchie kann dabei auf einen Anhang der UN-Klimarahmenkonvention von 1992 verweisen, in dem es genau jenen Status zugewiesen bekam. Vorteil: Entwicklungsländer müssen bislang keine eigenen Anstrengungen für

den Klimaschutz unternehmen und sich auch nicht an der Klimafinanzierung beteiligen.

Das heißt gleichwohl nicht, dass Saudi-Arabien keinen Anteil am Aufbau und der Ausrichtung des Grünen Klimafonds nähme. Im Aufsichtsrat sitzt auch ein Saudi, den bezeichnenderweise das Ölministerium dort hin delegiert hat. Für das Land ist dies nützlich, es erhält Informationen aus erster Hand. Der Fonds soll schließlich dazu beitragen, die Abhängigkeit der Menschheit von Öl und Gas zu verringern. Gleichwohl nutzt Saudi-Arabien nach Einschätzung unabhängiger Beobachter seine Position nicht aus, um die Arbeit des GCF insgesamt zu torpedieren. „Die sind schon konstruktiv bei der Sache“, konzediert Sönke Krefz, Teamleiter Internationale Klimapolitik bei der Umweltschutzorganisation Germanwatch. Überhaupt scheine in der politischen Führung des Landes ein grundsätzliches Umdenken eingesetzt zu haben. „Die Saudis haben vorher in den Klimaverhandlungen einen offen dekonstruktiven Kurs gefahren. Davon sind sie runtergekommen.“

Noch lässt sich nicht absehen, welche Klimaschutz-Projekte der Fonds im Herbst zur Förderung auswählen wird. Klar ist aber, dass es eine überzeugende Auswahl sein muss. Es geht schließlich darum, zu zeigen, dass der GCF funktioniert und die Industrienationen tatsächlich solidarisch sind mit den ärmsten Ländern des Planeten.

Thorsten Knuff

Der Autor ist Korrespondent der „DuMont“-Hauptstadtredaktion.

## Atlantis in der Südsee

**OZEANIEN** Die Inselstaaten im Südpazifik haben kaum etwas zum Klimawandel beigetragen, dürften aber besonders stark von ihm betroffen sein

Als im März 2015 Zyklon „Pam“ auf Vanuatu traf, verheerte er die Heimat von 267.000 Menschen. Es gab Tote; Helfer meldeten mindestens 100.000 Obdachlose; fast alle Gebäude in der Hauptstadt Port Vila waren zerstört oder schwer beschädigt. Auf der ganzen Inselkette waren die Trinkwasservorräte verdrückt, die Ernten vernichtet, die Straßen unpassierbar, die Telefonverbindungen gekappt. „Wir müssen wieder ganz von vorne beginnen“, sagte Baldwin Lonsdale, der sichtlich erschütterte Präsident Vanuatus, als er das Ausland zur Hilfe aufrief. Mit Windgeschwindigkeiten von mehr als 300 Kilometern pro Stunde war „Pam“ einer der stärksten je gemessenen Zyklone. Seine schweren Regenfälle und bis zu acht Meter hohen Wellen führten in Vanuatu und dem rund 1.500 Kilometer entfernten Tuvalu zu schweren Überschwemmungen. Aber war „Pam“ auch ein Produkt des Klimawandels? Eindeutig ist das nicht. Zu behaupten, dass ein einzelnes Extremwetterereignis sich mit Sicherheit auf den Klimawandel zurückführen ließe, wäre unseriös. Doch es gibt Zusammenhänge: Als „Pam“ entstand und Fahrt aufnahm, war das Meer der Südsee wärmer als sonst – teilweise wegen des Wetterphänomens El Niño, aber auch wegen der Erderwärmung. Das ver-

lieh dem Sturm seine außergewöhnliche Wucht. Die Messdaten zeigen, dass die Stärke von tropischen Zyklonen im Südpazifik seit 1982 zunimmt. Klimaforscher wie Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung erkennen einen Trend. Und Hochrechnungen deuten darauf hin, dass dieser Trend sich in Zukunft fortsetzen wird. Steigt zudem der Meeresspiegel,

wie in vielen Szenarien vorhergesagt, werden die Stürme wohl noch schlimmere Fluten auslösen als bisher. Damit deutet vieles darauf hin, dass Katastrophen wie die auf Vanuatu wegen des Klimawandels in Zukunft häufiger vorkommen werden – auch in der Südsee. Die Inseln dort sind aber besonders verwundbar. Ihr Land liegt meist nur wenige Meter, manchmal gar nur Zentimeter über dem Meeresspiegel.

Und selbst wenn die starken Stürme in Zukunft ausblieben: Der Klimawandel macht sich auch in anderer Form bemerkbar. Mit dem steigenden Meeresspiegel geht vielerorts Land verloren. Auch auf Vanuatu wurden Küstenbewohner bereits in höher gelegene Orte umgesiedelt; nach „Pam“ bereiten sich weitere Dörfer auf einen Umzug ins Landesinnere vor. Ebenfalls wegen des steigenden Meeresspiegels versalzt das Grundwasser auf vielen Inseln, Nahrungsmittel anzubauen wird deshalb immer schwieriger. Die Versorgung von außen aber ist teuer, denn die Südseeinseln sind abgelegen und nur schwer erreichbar – und sie haben nur wenige eigene Erzeugnisse, die sie im Handel gegen Importe eintauschen könnten. Zum Klimawandel haben die Bewohner der Inseln wenig beigetragen und doch

sind sie besonders stark durch ihn gefährdet. Anote Tong ist der Präsident des Inselstaats Kiribati, fast 4.400 Kilometer von Vanuatu entfernt. „Irgendwann wird das Wasser sich nicht mehr zurückziehen“, warnt er immer wieder, wenn ein Wirbelsturm Zerstörung anrichtet – so auch nach „Pam“. „Die Risiken des Klimawandels beeinträchtigen unsere Rechte und unser künftiges Überleben.“

Etwas zehn Millionen Menschen leben in Ozeanien. Was Anote Tong meint, ist: Irgendwann werden viele von ihnen ihre Heimatinseln verlassen müssen, weil diese entweder unbewohnbar werden oder ganz im Meer verschwinden. Ganze Dörfer müssen ins Ausland vor, doch es ist ungewiss, ob sie irgendwo Aufnahme finden werden. Kiribatis Präsident hat Land auf Fidschi erworben, als Risikoversicherung für seine Bürger. Und er möchte, dass die Jungen eine gute Ausbildung erhalten. Sie sollen „in Würde migrieren“, sagt er. Die große Frage ist: Wohin sollen die Leute gehen? Für die Staatschefs der Südseeinseln und manche Entwicklungsorganisationen ist das nicht nur eine humanitäre Frage, sondern eine des Völkerrechts. Der Klimawandel, sagen sie, verletzte Menschen-

rechte. Staaten, die internationale Menschenrechtskonventionen unterzeichnet haben, müssten deshalb alles tun, um den Einwohnern von Vanuatu, Fidschi oder Tuvalu zu helfen. Zum Beispiel müssten sie ihnen Asyl gewähren. Doch die Genfer Flüchtlingskonvention kennt den Klimawandel als Asylgrund nicht, und noch kein Staat hat sich bisher freiwillig erboten, Klimaflüchtlinge aufzunehmen. Dass ein neuseeländisches Gericht im vergangenen Jahr einer Familie aus Tuvalu Asyl gewährte, ist ein Einzelfall.

**Verschärfung** Es scheint ein aussichtsloser Kampf zu sein: Derzeit scheint die internationale Politik nicht einmal in der Lage, die Erderwärmung auf die eigentlich vereinbarten zwei Grad zu begrenzen, doch die kleinen Inselstaaten fordern weiter umbeirrt eine Verschärfung auf ein 1,5-Grad-Ziel. Auf den Klimagipfeln geht es daneben immer mehr um die Frage, wie viel Geld die Industriestaaten den am stärksten betroffenen Ländern zahlen sollen, um wenigstens einen Teil der Schäden auszugleichen. Dieser Punkt ist ebenso heiß umstritten wie der Beitrag der einzelnen Länder zum Klimaschutz selbst (siehe Beitrag oben).

Als sich im Dezember 2013 die Klima-Unterhändler in Warschau trafen, waren viele bestürzt wegen der Verwüstung durch den Taifun „Haiyan“ auf den Philippinen. Der Gipfel erzielte dennoch nur geringe Fortschritte. „Pam“ trat 15 Monate später auf, als in Japan eine andere UN-Konferenz tagte. Vanuatus Präsident war unter den Teilnehmern. „Diese Konferenz beschäftigt sich mit Katastrophenschutz“, sagte Lonsdale. „Was gerade in Vanuatu passiert, ist die Wirklichkeit. Wir sehen, wie der Meeresspiegel steigt, wie sich die Wettermuster verändern. All diese Dinge geschehen überall.“

Und dann fügte er noch hinzu: „Der Klimawandel hat zu diesem Desaster beigetragen.“ Es spricht viel dafür, dass er solche Sätze noch auf vielen Konferenzen sagen wird.

Alexandra Endres

Die Autorin ist Redakteurin bei „ZEIT ONLINE“.



Baldwin Lonsdale, Präsident des südpazifischen Inselstaates Vanuatu



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper